

Lenin über die Aufgaben der Arbeiterpresse

642

Brief an einen Genossen

Nachfolgende wichtige Ratsschlüsse für die Umgestaltung einer Arbeiterzeitung und deren lebendige Verbindung mit dem täglichen Arbeiterleben entnehmen wir aus einem sehr bekannten Brief Lenins an einen Genossen.

Diesen Brief schrieb Lenin am 12. Dezember 1904, vor dem Erscheinen der Zeitung „Wperjod“ („Vorwärts“) — des ersten bolschewistischen Organs.

Dieser Brief wurde damals weit verbreitet und führte die Redaktion des „Vorwärts“ viele Arbeiterkorrespondenten aus den verschiedensten Berufsweigen und aus allen Ecken Rußlands zu.

Mit der Gründung unseres Organs hantein wie in voller Übereinstimmung mit der Linie des russischen „Bolschewits“ und in voller Übereinstimmung mit der Linie des Parteikampfes.

Wir wenden uns jetzt an alle bolschewistischen Genossen mit der Bitte um ihre Unterstützung.

Es ist eine falsche Ansicht, daß nur die Literaten (im beruflichen Sinne des Wortes) imstande sind, mit Erfolg an dem Organ mitzuarbeiten. Im Gegenteil, das Organ wird nur dann lebendig und lebensnotwendig sein, wenn auf fünf lebende und tätige Mitarbeiter hundert und fünfzehntausend Nichtliteraten kommen. Ein wirklich lebendiges Organ muß ein Zehntel des eingehenden Materials drucken und den Rest zur Informierung der Literaten verwenden. Es ist notwendig, daß eine möglichst große Zahl von Parteimitgliedern mit uns in Briefwechsel treibe, bzw. in einem Briefwechsel im gewöhnlichen, nichtliterarischen Sinne des Wortes.

Wäge jeder, der dieses Organ als das seine ansieht und der die Pflichten eines Mitgliedes der kommunistischen Partei kennt, sich für immer freimachen von der bürgerlichen Angewohnheit, so zu denken und zu handeln, wie dies in bezug auf die legalen Zeitungen üblich ist: ihre Sache ist es, zu schreiben, und die andere — das Gedruckte zu lesen.

In der kommunistischen Zeitung müssen alle Kommunisten mitarbeiten.

Wir bitten alle, mit uns zu korrespondieren — und besonders die Arbeiter. Gebt den Arbeitern größtmögliche, an unsere Zeitung zu schreiben, und zwar über alles zu schreiben, möglichst viel über das alltägliche Leben, über ihre Interessen, über ihre Arbeit. Ohne dieses Material — wird das kommunistische Organ keinen Zweck mehr sein und die Besetzung kommunistisch nicht verdienen.

Wir bitten außerdem, mit uns zu korrespondieren, und zwar nicht in erster Linie für den Druck, sondern zum Kameradschaftlichen Gedankenaustausch mit der Redaktion und dazu, um sie über alle Ereignisse, über die Stimmung und hauptsächlich über die alltägliche, uninteressante Seite der Bewegung auf dem Laufenden zu halten.

Schreibt uns über die Gesetze in den Arbeiterzirkeln, über den Charakter derselben, über die Fragen der Arbeiter, über die Art der Propaganda und Agitation, über die Verbindung in der Öffentlichkeit mit den Militär und mit der Jugend, schreibt mehr über die Unzufriedenheit unter den Arbeitern (mit uns Kommunisten), über ihre Fragen, Proteste usw. Diese praktischen Fragen sind namentlich jetzt sehr interessant, und es gibt keine anderen Mittel, die Redaktion mit ihnen bekannt zu machen, als den lebhaftesten kameradschaftlichen Briefwechsel. Wenn nicht jeder kann und will schreiben — aber sage nicht: ich kann nicht, sondern ich will nicht. Wenn ihr wollt, dann wird sich in jedem Zirkel, ja sogar in der kleinsten unwichtigen Gruppe (und die sind besonders interessant, denn sie führen oft den wichtigsten, wenn auch unsichtbaren Teil der Sache aus) ein oder zwei Genossen finden, die zu schreiben verstehen. Werben die Redaktion mit einem Knack entsprechend breit aus, und euch bitten wir, darauf beharrt zu sein, daß jeder, ohne Ausnahme jeder, der mit entsprechender Energie an die Arbeit gehen wird, es ohne Schwierigkeit erreichen wird, daß seine Briefe anlangen.

Laßt vor allem die jungen Parteimitglieder, die Jugend, die Arbeiter und Organisations- und die einfachen Mitglieder an uns schreiben, nur dann und nur unter der Bedingung eines solchen breiten Briefwechsels sind wir imstande, unsere Zeitung zu einem wirklich lebendigen Organ der Arbeiterbewegung zu machen. Wir wollen, daß die kommunistische Zeitung zum Organ der gesamten Bewegung wird. Das kann nur gelingen bei aktiver Unterstüttung durch die Arbeiter.

dieser Genossen Mitglied der SPD, während die Überwiegende Mehrheit zur SPD gehört.“ Aus dieser Feststellung geht klar und deutlich hervor, daß die SPD es ist, die aus parteiideologischen Gründen die Arbeiterbewegung spaltet. Ob die Fehler der SPD-Bredelle bald begreifen werden, daß die „Volkszeitung“ nur die Arbeiterinteressen schädigt?

Die Vorbereitung der Unterwerfung

Die „Linken“ haben in Heidelberg bisher ihre Arbeit sehr stillschweigend erledigt. Sie betreiben ihre geheime Opposition bis zum Schluß hofentlich aus der Unkenntnis, daß es ihnen nicht leicht gelingen werde, die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsen einfach mit zum Unfall zu schleppen.

Jetzt nun verläßt die Arbeiter den Unfall begreiflich und schmachvoll zu machen. Der gesamte Streit, der in Sachsen seit Jahren tobte, soll jetzt als Pappalie von der Hand gewiesen werden. Die „Dr. B.“ schreibt:

„Nun, die badischen Genossen werden nicht lagen können, daß in Heidelberg die Geister etwa heftig auseinandergeplagt wären...“

Gewiß waren in unletzten Reihen die Gegenstände über die Fragen unserer Partei selten so geringfügig wie in diesem Jahre der Wucherpreise und der Volksblutregierung, gegen die unsere Partei in ihrem Kampfe steht, aber über manche Punkte ging die Mehrheit doch zu leicht hinweg. So, als in den Debatten zum Verband und Fraktionsbericht unter parlamentarischen Kampfmotiven gestreift wurden.“

Also, nur geringfügige Gegenstände beizehen zwischen den Rechten und Linken. Nun werden sich die Arbeiter fragen, weshalb hat man dann zwei Jahre lang den Kadau aufgeführt? Dandelt es sich nur darum, daß, wie die „Dr. B.“ schreibt, die Rechten nicht genug Temperament gehabt, darum, daß man zu sehr nach dem Bündnis von morgen schaut? Doch man den Formstand nicht aufgeben?“

Wir glauben, daß es bei den sozialdemokratischen Arbeitern um mehr geht, um die Befreiung von den Kapitalisten, um den Bruch dieser Koalitionspolitik. Jetzt hat die Art und Edel dabei, den mit falschen Mitteln geführten Kampf in die Ecke zu stellen. Wir glauben nicht, daß die Arbeiter diese Unterwerfung mitmachen werden. Die SPD-Arbeiter haben jetzt die Entscheidung; mit zur Deutschen Volkspartei, oder zum Klassenkampf, zur Einheitsfront des Proletariats.

Wie über das SPD-Programm „abgestimmt“ wurde

Die „Leipziger Volkszeitung“ läßt sich durch ihren Berichtsteller aus Heidelberg darüber berichten:

Auch auf dem Parteitag war von einer solchen gründlichen theoretischen Auseinandersetzung keine Rede. In zehn Minuten Redezeit lassen sich keine Probleme eingehend behandeln. In etwa einundneunzig Stunden war denn auch die Aussprache beendet.

Die Abstimmung über das Programm war wieder eine der Art, daß viele Delegierte nicht wußten, worum es sich handelte. Weils sich über die Anweisung von Material abstimmen und erklärte nach dieser Abstimmung, daß das Programm gegen 6 Stimmen angenommen sei. Unmittelbar darauf begann er mit seiner Schlußrede, so daß es den Delegierten, die gegen das Programm stimmen wollten, gar nicht mehr möglich war, gegen die Art der Abstimmung Einspruch zu erheben. Wir fühlen uns verpflichtet, festzustellen, daß von einer formalen Abstimmung darüber, wer für und wer gegen die Annahme des Programms sei, keine Rede war.“

Nun — und die Ruhanwendung? Der Parteivorstand hat jetzt kein Programm und wird es gegen die Mitgliedschaft anzuwenden wissen. Er hat bereits seit Jahren ohne die Sanktion des Parteitag und nicht nur gegen das Parteiprogramm, sondern sogar gegen das Parteistatut gehandelt. Was aber gegen die Opposition zu tun, die ja selbst sagt, daß dies neue Programm durchaus gegen die Interessen der Arbeiterschaft gerichtet ist?

Opus in Hannover

Hannover, 22. September. (Telusion.) Hier sind mehrere Lapphupen in der Entscheidung getrieben, die amtlich befähigt worden sind. Die Behörden haben alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Schwarz-weiß-rote Offenife

Am Sonntag hatten sich in Berlin die Vertreter der schwarz-weiß-roten Arbeiterverbände, der Werkvereine, zusammengefunden. Gemäß heute weißbewegende Tatsache, daß dann nicht, wenn, wie gemeldet wird, 300 Vereine vertreten waren. Die „Größe“ der meisten Vereine ist uns ja bekannt. Immerhin ist es nicht unwesentlich, wenn festgestellt werden muß, daß ein Teil Arbeiter noch diesen Organisationen angehört. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiter diesen Organisationen zu entreißen.

Die Gründung und Förderung der Werkvereine wurde in den letzten Jahren besonders rühmlich betrieben. Der Erfolg war jedoch verdammt mager. In ganz Sachsen vermag man nur ein paar tauend Arbeiter aufzuzählen. Wie werden nur diese Arbeiter gelodert? Selbstverständlich wird ihnen nichts erzählt, daß man sie zum Schutze der Kapitalisten heranzubilden. Man redet vom Wirtschaftlichen, gemeinamer Aufbahrung der Arbeiter und Unternehmer. — Die Verbandsstatuten in Breslau hat ja mit dem Gerude von der Wirtschaftsdemokratie einen ähnlichen Standpunkt erreicht. Jedoch hier wird der gesunde Sinn der Arbeiter für ihre Klasseninteressen schon ein zu gefährliches Brauwerk verhindern. Nein, aber von Demokratie und Aufbau lassen sich die Arbeiter nicht fodern, auch nicht nur vom „nationalen“ Gedanken.

So geht man denn ein wenig auf die soziale Seite ein. Man erzählt den Arbeitern, es seien nur geringe Beiträge zu entrichten. Von diesen soll ein Fünftel für Sozialurlage, vier Fünftel für den Verkauf von Aktien und Jahren persönlicher Verdienste verwendet werden. Also jeder Arbeiter beteiligt. Natürlich wird eine lange Rechtfertigungsliste geleist. Jedoch lassen sich immer wieder einige Arbeiter durch dieses Saitem fodern. Doch hat praktisch für die Arbeiter nichts herauspringt, ja wohl klar. Einmal hat die Einzahlungen so gering, daß selbst bei Auszahlung einer Dividende selbst nach Jahren nur ein paar Pfennige herausspringen, meistens werden die Arbeiter aber gar nichts erhalten. Nur die Unternehmer verdienen mit den Pfennigen der Arbeiter.

Nun liegt aber auch den Unternehmern nicht allen viel an den paar Mark. Das Wesentliche ist die Beeinflussung der Gefinnung, die Ablenkung vom Klassenkampf, die Eindämmung der revolutionären Bewegung. Nun denken die Arbeiter der Bewegung daran, eine große Propaganda zu führen. Vom 1. bis 8. Oktober soll eine schwarz-weiß-rote Arbeitswoche feierlich 1000 Veranstaltungen werden dazu angeordnet. Alle „leisti“ Arbeiter sollen während der Zeit das schwarz-weiß-rote Bandchen tragen. Die Sozialpolitik der Ruhrregierung soll durch eine besondere Broschüre verberichtet werden.

Unsere Genossen sollten den Kummel wenigstens ein wenig beachten. Wenn wir auch willen, daß die Bewegung nicht leer werden soll, sollen wir doch die Gelegenheit zu intensiver Gegenpropaganda nicht vorbegehen lassen.

Der Kampf in Marokko

Die Kämpfe in Marokko verlaufen nach wie vor ohne wesentliche Erfolge für die Spanier und Franzosen, trotzdem sich die beiden glorreichen Nationen alle Mühe gegeben haben und trotzdem die französischen Banibten die Morde gegen Abd el Krim mobil machen. Es muß leicht bestellt sein um die „tapfere“ Nation, daß sie Länder mit Neuchelmdörtern erobern will. Jetzt verbreiten die spanischen Blätter eine Meldung, daß Abd el Krim bei den Kämpfen um das Rifonmassiv schon verwundet sei. Ob es sich um eine Tatsache handelt oder nur um eine Stimmungsmache, ist noch nicht bekannt. Auf jeden Fall geht es den Käuern in Marokko nicht gut, wie aus folgender Meldung über die militärischen Anstregungen der Spanier zu erhellen ist:

„Das Direktorium hat einem Erlauchen Primo de Rivera entprochen und mehrere Kavallerieregimenter nach dem marokkanischen Kriegsschauplatz abgehandelt. Nach Meldungen aus Tanger hat sich Primo de Rivera mit seinem Generalsstab erneut auf den Banzerkreuzer „Alfonso XIII.“ begeben. Vor seiner Abreise aus Tetuan erklärte er, daß er nach der Ende dieses Jahres nach Madrid zurückkehren werde. Er erklärte weiter, daß er alles aufbieten werde, um möglichst bald den Feldzug zu beenden. Der Höhepunkt des Kampfes sei jetzt erreicht. Wenn Abd el Krim einen Frieden wünsche, dann müsse er ausdrücklich darum bitten. Nach Meldungen aus Tetuan hat Abd el Krim die Stimme erneut zum energischen Widerstand gegen die Einbringlinge aufgegeben. Er hat in einem Erlauchen allen Freiwilligen beim Eintritt in das Heer eine Belohnung von 75 Pesetas versprochen.“

Trotz der tendenziösen Förbung ersieht man die schwierige Lage der Spanier. Unter diesen Gesichtspunkten sind wohl auch die Friedensgehänge zu bewerten.

Wachst zusammen kämpfen müssen; daß wir, um gemeinsam zu kämpfen, gemeinsam organisieren müssen. Der Führer muß der klügere Bedenke sein. Wir sollen mit heilhem Herzen, aber mit kühlem Verstand an die Arbeit gehen.

Da ist die erste Notwendigkeit, daß wir uns abgewöhnen den Ton der Heberhebung. Wir dürfen nicht in jedem sozialdemokratischen Arbeiter den Feind und Dummkopf sehen, sondern den Klassengenossen, den wir in ernsther Disziplin für uns gewinnen müssen.

Ich will selbst auf die Gefahr hin, hier und da anzudeuten, als Beispiel eines der kritischen Themen herausgreifen: das Reichsbanner. Wir wissen, daß diese Organisation gegründet ist, um als letzte Sturmtruppe der Bourgeoisie gegen die revolutionären Arbeiter zu kämpfen. Wir wissen, daß die monarchistischen Generäle an der Spitze dieser Organisation diese niemals für die Interessen der Arbeiter einzusetzen werden. Andererseits wissen wir aber auch, daß diese Organisation, wenn es zum Kampf kommt, zerfallen wird wie Glas. Die bürgerlichen Elemente werden aus dieser Organisation abgetrieben. Ein Teil der Arbeiter wird zur Revolution übergehen und nur ein Teil wird im anderen Lager bleiben. Aber uns ist auch bekannt, wenn der Zerfall des Reichsbanners sich nur im Kampfe vollzieht, wenn wir nicht vorher alles tun, um die Arbeiter für die rote Front zu gewinnen, dann wird der Kampf opferreicher und schwerer sein. Deswegen gilt es jetzt, anzulegen mit der Arbeit.

Was haben wir bisher getan? Haben wir ständig die lauthelle Aufklärung vorangestellt? Bielsch wohl nicht. Unter Kampf wurde allzu oft zu scharf, manchmal in zu derben Formen geführt. Damit haben wir haben und drücken Jörn erzeugt, manchen SPD-Arbeiter feiter an das Reichsbanner gefesselt. Wir sollen hier schnell wieder gutmachen. Auch dann nicht verärgert sein, wenn die Schuld an Zusammenstößen auf der anderen Seite lag. Wenn wir die Führung der Arbeiter erobern wollen, müssen wir verstehen, den Arbeitern zu zeigen, daß wir als ihre Freunde, Helfer und Berater zu ihnen kommen.

Unsere Aufgabe ist es deswegen, die jetzt eingeleitete Werbekampagne zu benutzen, um das Vertrauensverhältnis zu den Arbeitern herzustellen. Gelegenheit ist wahrlich genug. Die Angriffe der Gegner sind härter geworden. Die Freije der Lebensmittel steigen. Auf die Mieter wird ein neuer Anschlag vorbereitet. Die Klassen ziehen gegen die Schulen zu Felde. In Sachsen stehen wir vor dem Kampf um die erweiterte Armee, um die Beieitigung der Vormachtstellung der Volkspartei. Vor uns steht die Notwendigkeit der Organisation von Einheitsorganen in den Gewerkschaften, in den Betrieben. Sorgen wir durch weitgehende Verbreitung unserer Zeitung dafür, daß wir an die breiten Massen der Arbeitenden heran kommen.

Die Zeitungsredaktion muß eine Vorbereitungswoche zur Herstellung der einheitlichen Kampfront der Arbeiter werden.

Wieder einmal die Lügenhebe der „Volkszeitung“ entlarvt

Die „Dresdner Volkszeitung“ hat in den letzten Wochen entschieden Verh. Schon mußte sie sich beäumen, gegenüber ihrer eigenen Berichterstattung über die Berichte der Ruhandelation eine Richtigstellung des Delegierten Wehnert zu bringen, da sie jetzt schon wieder gemungen, mitzuteilen, daß sie auch über die Tagung der freizeitigen Verbände einen vollständig unwarthen, entstellten Bericht gegeben habe.

Der Bericht am 11. d. N. in der „Volkszeitung“ trug den Stempel der Parteistreit auf der Stirn, zeigte auch, daß die SPD-Beute die Spalter der Freizeitbewegung waren. Es heißt dort:

„Nachdem Genosse Kieh die einzelnen Delegierten der Arbeitsgemeinschaft gegeneitig belannigegamacht hatte, erhob Genosse Sultan Adol Müller der Gemeinschaft proletarischer Freibender Deutschlands Protest gegen die Teilnahme der kommunistischen Richtung der SpF. Obwohl dieser Protest eingehend begründet und damit eindeutig der Nachweis erbracht wurde, daß die Spaltung durch die Kommunisten inheematisch herbeigeführt wurde, schlug der Sozialist Genosse Kieh Hamburg, vor, jeder Richtung der Gemeinschaft proletarischer Freibender je eine halbe Stimme zu geben und sich im übrigen in den Streit der beiden Parteien nicht einzumischen. Genosse Dr. Kramer vom Bund für Weisheitsfreiheit verlangte eine rechtliche Klarstellung der parteiideologischen Einstellung, wie sie aus den Sachungen der kommunistischen Partei irliekt. Über auch des wählte der Sozialdemokrat Genosse Kieh abzugeben und dements ist nicht, dem Genossen Dr. Kramer die Frage vorzulegen, ob in der Sitzung eine kommunistische Freibender-Organisation vertreten sei. Wenn man berücksichtigt, daß die wilde SpF. mit dem Kommunisten Simonis, dem Kommunisten Kohlhauss und dem früheren Geschäftsführer Wolf vertreten war, mußte die Anrede durch den Sozialist u Genossen Kieh eigenmächtig an. Die rechtmäßige Vertretung der SpF. erklärte darauf durch seinen ersten Vorstehenden, Sultan Adol Müller, Leipzig, daß sie unter diesen Umständen der Arbeitsgemeinschaft nicht mehr angehören könne, und verließ das Tagungstafel. Mit diesem Schritt erklärte sich die Neue Feuerbestattungsstelle proletarischer Freibender e. B., Leipzig, selbständig und verließ ebenfalls die Tagung.“

Wie systematisch man von kommunistischer Seite für diese Sitzung vorgearbeiten hatte, wurde erhärtet durch die Tatsache, daß die unter kommunistischer Führung stehende Berliner Feuerbestattungsstelle eingangs der Sitzung einen Antrag einbrachte, der von der Arbeitsgemeinschaft verlangte, daß die Neue Feuerbestattungsstelle proletarischer Freibender e. B., Leipzig, aus der Arbeitsgemeinschaft wegen arbeiter-schädigenden Verhaltens auszuschließen sei. Um so unverständlicher erscheint das Verhalten der Sozialisten in der Arbeitsgemeinschaft, und es jagt von einer geradezu finstlichen Kalkülität und vollkommenen politischen Unverständnis, sich an der Ausscheiden in der SpF. noch über den Parteien lebend einzuhängen.“

Jetzt muß die „Dresdner Volkszeitung“ sich entschließen, folgende Richtigstellung zu bringen:

In unserer Ausgabe vom 11. d. N. befand sich eine Notiz Tagung der Arbeitsgemeinschaft freizeitiger Verbände“, die folgenden Ablyt enthielt:

„Wie systematisch man von kommunistischer Seite für diese Sitzung vorgearbeitet hatte, wurde erhärtet durch die Tatsache, daß die unter kommunistischer Führung stehende Berliner Feuerbestattungsstelle eingangs der Sitzung einen Antrag einbrachte, der von der Arbeitsgemeinschaft verlangte, daß die Neue Feuerbestattungsstelle proletarischer Freibender e. B., Leipzig, aus der Arbeitsgemeinschaft wegen arbeiter-schädigenden Verhaltens auszuschließen sei.“

Som Verein der Freibender für Feuerbestattung e. B. werden wir jetzt um die Aufnahme folgender Berichtigung ersucht:

„Es ist eine Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß unsere Organisation unter kommunistischer Führung steht. Von den drei Delegierten, die in Coburg unsere Organisation vertreten, war nicht einer Mitglied der SPD. In unserer Organisationsleitung (Vorstand, Kassakant, Geschäftsführung), die aus insgesamt 24 Personen besteht, ist nur einer